

Der „Prager Frühling“, die militärische Intervention und die weltpolitischen Folgen. Erkenntnisse auf der Basis neuer Archivdokumente

Von Gerhard Wettig

Zur Vorgeschichte

Die Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR) war das einzige Mitglied des Warschauer Pakts, das vor dem Krieg demokratische Verhältnisse, eine umfangreiche Industriearbeiterschaft und eine starke kommunistische Partei gehabt hatte. Nachdem sich Stalin der Unterstützung von Präsident Beneš versichert hatte, glaubte er, aufgrund dieser Voraussetzungen lasse sich das Sowjetsystem ohne Schwierigkeiten auf parlamentarischem Wege durchsetzen. Die Rote Armee räumte das Land schon 1945. Während weithin der Eindruck entstand, als gehe es, von einigen sozialen Korrekturen abgesehen, um die Rückkehr zur früheren Ordnung, arbeiteten die Kommunisten auf die volle Machtübernahme hin. Als sie, nachdem sie bei freien Wahlen zunächst 40 Prozent der Stimmen erhalten hatten, befürchten mussten, dass es beim nächsten Mal statt der erwarteten absoluten Mehrheit ein weit schlechteres Votum geben werde, änderte Stalin das Vorgehen: Im Februar 1948 leitete ein sowjetisch gesteuerter Putsch Machtübernahme und Sowjetisierung ein.¹ Die nun einsetzende Repression forderte 250.000 bis 280.000 Opfer; indirekt waren mehr als eine halbe Million Familienangehörige betroffen. Nachdem die Tschechoslowakei schon vor 1914 ein hoch entwickeltes Land mit einer ausgeprägten Zivilgesellschaft gewesen war, empfand die Bevölkerung das Sowjetsystem besonders stark als fremden Zwang, der keine Rücksicht auf ihre Traditionen, Bedürfnisse und Interessen nahm. Angesichts materieller Nöte, die deutlich mit der Lage in der Vergangenheit kontrastierten, stellte sich die Frage nach einer Korrektur der ökonomischen Lenkungsmechanismen. Der Problemdruck stieg. Die Verständnislosigkeit der Prager Führung gegenüber

1 Gerhard WETTIG, *Beneš – Stalins Hilfe bei der Sowjetisierung der Tschechoslowakei*, in: HPM 13 (2006), S. 271–280; Jiří KOCIAN, *Vom Kaschauer Programm zum Prager Putsch*, in: Stefan CREUZBERGER/Manfred GÖRTEMAKER (Hg.), *Gleichschaltung unter Stalin? Zur Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949*, Paderborn 2002, S. 301–317; Donal O’SULLIVAN, *Stalins „Cordon Sanitaire“*, *Die Sowjetische Osteuropapolitik und die Reaktionen des Westens 1939–1949*, Paderborn 2003, S. 348f.; Leonid LUKES, *The Czech Road to Communism*, in: Norman M. NAIMARK/Leonid GIBIANSKII (Hg.), *The Establishment of East European Regimes in Eastern Europe 1944–1949*, Boulder/CO 1997, S. 252–265; Gerhard WETTIG, *Stalin and the Cold War in Europe. The Emergence and Development of East-West Conflict, 1939–1953* (The Harvard Cold War Studies Book Series, 7), Boulder/CO 2007, S. 45f., 78–80, 152f.

den Autonomiebedürfnissen der Slowaken machte diese zu Verbündeten der Reformkräfte.²

In den Jahren 1962–1964 war ein entscheidendes Stadium erreicht. Nachdem Parteichef Antonín Novotný 1962/63 die Stalinisten ausgeschaltet hatte, war der Weg frei für eine ideologiefreie Beurteilung vor allem der zunehmend kritischen ökonomischen Lage. 1964 wurden nüchtern denkende Fachleute unter der Leitung von Ota Šik, dem Leiter des Wirtschaftsinstituts der Prager Akademie der Wissenschaften, beauftragt, Leitlinien für eine Wirtschaftsreform auszuarbeiten. Ihre Vorschläge, die eine weitreichende Verselbständigung der Produzenten auf der Basis von Gesetzen des Marktes vorsahen, wurden in den Gremien von Partei und Staat wie in der Öffentlichkeit diskutiert und fanden weithin ein sehr positives Echo. Eine zweite Kommission unter ZK-Sekretär Zdeněk Mlynář befasste sich mit dem Umbau des politischen Systems. Der Zusammenhang, der damit zwischen der Reform in beiden Bereichen hergestellt wurde, machte die auf Veränderung ausgerichteten Bestrebungen brisant. Ihnen lag die gemeinsame Vorstellung zugrunde, dass die Partei den gesamten Macht- und Führungsapparat im Einzelnen weder lenken noch kontrollieren könne und solle. Im slowakischen Landesteil löste der Prager Zentralismus große Unzufriedenheit aus. Gleichzeitig zeichnete sich eine gewisse Liberalisierung des geistigen Lebens ab, und die Schriftsteller verlangten weitere Lockerungen des amtlichen Zwangs. In Moskau war man durch diese Entwicklungen nicht beunruhigt, sondern betrachtete die neuen Tendenzen weithin mit Sympathie. Novotný, der sich ihnen entgegenstellte, stieß im Kreml zunehmend auf Kritik.³

Auftakt zur Entwicklung des Verhältnisses zwischen Moskau und Prag

Der Haltung der sowjetischen Führungsmacht kam entscheidende Bedeutung zu. Die willige Bereitschaft des Moskauer Politbüros, als Chef der KPČ Alexander Dubček, den bisherigen Leiter der slowakischen Untergliederung, zu akzeptieren, den die Reformfraktion am 5. Januar 1968 in dieses Amt wählte, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass Novotný bei der Absetzung Chruschtschows im Oktober 1964 Unmut bekundet und sich später dem Ver-

2 Karel KAPLAN, *Die Wurzeln der 1968er Reform*, in: Stefan KARNER u. a. (Hg.), *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968* (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, 9), Bd. 1: *Beiträge*, Köln 2008, S. 93–114. Zu dem Werk ist auch ein Band 2 erschienen, der die wesentlichen Dokumente in deutscher wie russischer Fassung enthält.

3 Stefan KARNER u. a., *Der „Prager Frühling“ und seine Niederwerfung*, in: KARNER u. a. (wie Anm. 2), S. 18f.; Otakar TUREK/Miloš PICK, *Die Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre*, in: EBD. S. 133–140; Oľga PAVLENKO, *Der Informationsfluss an die Moskauer Machtzentrale*, in: EBD. S. 256–265.

langen nach Truppenstationierung in der ČSSR versagt hatte. Mutmaßlich wegen des Übergangs der NATO zur Strategie der „flexiblen Erwidern“, die das militärische Kräfteverhältnis auf dem mitteleuropäischen Gefechtsfeld wichtiger als zuvor erscheinen ließ, hielten die sowjetischen Militärs die Dislozierung eigener Streitkräfte auf tschechoslowakischem Gebiet für nötig, um die nach ihrer Ansicht dort bestehende sicherheitspolitische Lücke zu schließen. Breshnew hatte zudem seit langem einen guten persönlichen Kontakt zu dem neuen Mann in Prag. Rasch⁴ sah sich der Kreml enttäuscht. Dubček bekannte sich zwar nachdrücklich zum Sozialismus als bestem Gesellschaftssystem, wollte ihm aber ein „menschliches Antlitz“ geben und entfernte sich mit den daraus praktisch abgeleiteten Konsequenzen weit von den Vorgaben der Führungsmacht. Besonders schwer wog in Moskauer Sicht die Aufhebung der Zensur am 4. März. Die ging allerdings nicht auf den Parteichef zurück, sondern war insbesondere eine Nebenwirkung der Kampagne zur Entfernung Novotnýs aus dem Amt des Präsidenten, der von dort aus gegen die neue Führung agierte. Im Kreml stand – neben der geargwöhnten Gefahr, dass sozialdemokratische Kräfte durch eine eigene Organisation die „Einheit der Arbeiterklasse“ sprengen und die KPČ spalten könnten – die Freiheit des Wortes im Zentrum der Sorge um den Erhalt des Systems. Als sich in den Medien entsprechende Stimmen meldeten, sah man die Befürchtung bestätigt. Weitere Irritationen – namentlich wegen Nichteinhaltung gegebener Zusagen (etwa bezüglich Novotnýs Verbleib im Präsidentenamt) – kamen hinzu. Schon im ausgehenden Winter hatte sich daher einiges Misstrauen in Moskau angesammelt.⁵

Zu den frühesten und heftigsten Feinden der Prager Reformbewegung im Kreml gehörte Juri Andropow. Er erblickte darin von Anfang an eine Wiederholung der gleichen Vorgänge, die 1956 in Ungarn den Aufstand eingeleitet hatten, und setzte den ihm unterstehenden Geheimdienst KGB ein, Belege dafür beizubringen. Als Gruppierung, die dabei auch die Dislozierung sowjetischer Truppen im Auge hatte, wandten sich der Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes, Dmitri Ustinow, Verteidigungsminister Marschall Andrei Gretschko und der Generalstab mit besonderer Schärfe gegen den „Revisionismus“ und die „Konterrevolution“ in Prag und erklärten schon zu Beginn des Frühjahrs von sich aus die Bereitschaft zum Einsatz bewaffneter Gewalt. Der Ideologe Michail Suslow, dem außerhalb der innersten Führung

4 KARNER u.a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 19f.; Nikita PETROV, *Der „Prager Frühling“ im Visier des KGB*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 761–763; Michail PROZUMENSČIKOV, *Die Entscheidung im Politbüro der KPdSU*, in: EBD. S. 208f.

5 KARNER u.a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 20–22, 32; Jiří HOPPE, *Die Aufhebung der Zensur*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 115–132; PAVLENKO (wie Anm. 3), S. 266–270.

laufend Berichte über die Entwicklung in der ČSSR zuziehen, wollte die Häresie der dortigen Parteispitze unbedingt beseitigt sehen. Als KP-Chef der Sowjet-Ukraine fürchtete Petro Schelest Auswirkungen auf seinen Amtsbereich und setzte sich daher ebenfalls dafür ein, die Reformen so bald wie möglich mit allen Mitteln zu beenden. Außenminister Gromyko und der vor allem für Wirtschaftsfragen zuständige Ministerpräsident Kossygin äußerten vorsichtige Bedenken, weil sie sich der nach einer Intervention entstehenden Probleme in ihren Kompetenzbereichen bewusst waren. Die Eingriffswilligen wurden von Breshnew gebremst, der zwar so wie sie den Prager Kurs nicht zu dulden bereit war, aber immer wieder seine Hoffnung darauf setzte, dass die „gesunden Kräfte“ in der „Bruderpartei“, möglichst zusammen mit Dubček, die notwendigen Korrekturen vornehmen würden.⁶

Unter den Parteichefs der Gefolgschaftsstaaten Polen, DDR, Ungarn und Bulgarien war Ulbricht der heftigste Scharfmacher, dicht gefolgt von Polens Władysław Gomułka, der ein Jahrzehnt zuvor noch der Exponent eines „weichen“ Kurses gewesen war. Beide sahen in den Lockerungen, die sich im südlichen Nachbarland anbahnten, eine tödliche Gefahr nicht nur für das sozialistische System, sondern auch für ihr persönliches Regime. Vielfach erläuterten sie ihre Haltung mit dem Hinweis, die ČSSR gerate unter den Einfluss der NATO und bedrohe daher ihre Länder von der südlichen Flanke her. Der SED-Chef befürchtete, dass die latente innere Labilität in ein akutes Stadium treten könnte, wenn zur ständigen Herausforderung durch die Bundesrepublik noch die Gefährdung aus dem eigenen Lager komme. Die bulgarische Führung war ebenfalls der Ansicht, dass man die tschechoslowakische Reform nicht dulden dürfe, drängte aber Breshnew nicht zu aktivem Vorgehen, sondern folgte stets dessen Linie. Ulbricht dagegen hatte schon vor dem Dresdener Treffen am 23. März 1968, als auch der sowjetische Parteichef zu diesem Urteil kam, die Auffassung vertreten, dass sich in der ČSSR eine keinesfalls hinzunehmende „Konterrevolution“ vollziehe, und drang von da an in Moskau unablässig darauf, man müsse sofort ohne jede Rücksicht handeln.⁷

Der Gegenpol unter den Kremlgetreuen war der ungarische Parteichef Kádár. Dieser weigerte sich noch auf der Warschauer Zusammenkunft am 15.

6 Siehe vor allem KARNER u.a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 29, 33f., 36; Vladimir DMITRUK, *Der „Prager Frühling“ und seine Folgen in der Ukraine*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 943f.

7 KARNER u.a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 29f.; Igor' BUCHARKIN, *Brežnev und seine Generalsekretäre*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 409–415; Manfred WILKE, *Die DDR in der Interventionskoalition gegen den „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“*, EBD., S. 421–446; Paweł PIOTROWSKI, *Polen und die Intervention*, EBD., S. 447–460; Iskra BAEVA, *Bulgarien – der treue Vasall des Kreml*, EBD., S. 461–480. Zu den Auswirkungen auf die DDR vgl. Hartmut ZWAHR, *Die erfrorenen Flügel der Schwalbe. DDR und „Prager Frühling“*. Tagebuch einer Krise 1968 bis 1970, Bonn 2007.

Juli, die Vorgänge in der ČSSR als „konterrevolutionär“ zu verurteilen, sondern erklärte, es gehe um eine nur „revisionistische“ Abweichung, die sich durch friedliche Übereinkunft korrigieren lasse. Seine Zurückhaltung war von der Sorge bestimmt, eine allzu harte, von ideologischer Rigorosität bestimmte Verurteilung der Prager Reform bedrohe seinen Kurs begrenzten Eingehens auf die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung, mit dem er die kommunistische Herrschaft in seinem Land absicherte.⁸ Ulbricht war über die milde Haltung seines Kollegen so empört, dass er ihm drohend entgegenschleuderte, der „nächste Schlag“ werde sich gegen Ungarn richten.⁹

Rumänien, das schon seit Jahren den Konsens im Warschauer Pakt weithin aufgekündigt hatte, war an den Beratungen über die Disziplinierung der Tschechoslowakei nicht beteiligt. Zusammen mit Titos Jugoslawien bekundete es deutliche Sympathie dafür, dass sich hier ein Land von der Bevormundung durch Moskau befreite, und leistete auch dann noch politische Unterstützung so weit irgend möglich, nachdem die Invasion in der ČSSR erfolgt war.¹⁰ Für die Kommunisten in Westeuropa, vor allem für die beiden großen Parteien in Italien und Frankreich, verband sich die Reform in der ČSSR mit der Hoffnung, den Sozialismus vom Odium des sowjetischen Unterdrückungsregimes zu befreien und dadurch für zusätzliche Bevölkerungskreise attraktiv zu machen.¹¹ Die Reformbewegung widersprach zwar mit ihren Zielen total dem Kurs Maos in der Kulturrevolution, weckte aber sein Interesse, weil sie Moskau mit einer Herausforderung konfrontierte. Es ging ihm und seinen Leuten darum, die sowjetische Führung unter allen Umständen ins Unrecht zu setzen. Fand sie sich mit der Prager Häresie ab, konnte man sie wegen fehlender Verteidigung des Sozialismus anprangern. Griff sie dagegen zu militärischen Mitteln, um die alte Ordnung wiederherzustellen, machte sie sich der Vergewaltigung eines kommunistischen Bruderstaates schuldig.¹²

Das Sechsertreffen in Dresden und die folgenden Entwicklungen

Am 23. März 1968 kamen die Parteispitzen der UdSSR und der vier ihr folgenden Staaten in Dresden zusammen, um die Lage in der ČSSR mit der Füh-

8 Csaba BÉKÉS, *Ungarn zwischen Prag und Moskau*, EBD., S. 481–514.

9 PROZUMENŠČIKOV, (wie Anm. 4), S. 223.

10 Mihaíl IONESCU, *Rumänien und die Invasion der „Bruderstaaten“*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 605–610; Tvrtko JAKOVINA, *Titos Jugoslawien – der kommunistische Alliierte von Prag und Washington*, EBD., S. 571–581; PROZUMENŠČIKOV (wie Anm. 4), S. 226.

11 Neue Erkenntnisse zum Verhältnis zwischen IKP und Moskau bei Victor ZASLAVSKY, *Die italienischen Kommunisten zwischen Widerstand und Resignation*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 531–537.

12 KARNER u.a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 23; PROZUMENŠČIKOV (wie Anm. 4), S. 226; Michal PROZUMENŠČIKOV, *Peking – Moskau – Prag: von der Kulturrevolution zum „Prager Frühling“ und zurück*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 387–394.

rung der KPC^č zu erörtern. Dabei trat als entscheidende politische Wende zutage, dass die sowjetische Seite, unterstützt von den Warschauer, Ost-Berliner und Sofioter Akteuren, darauf bestand, dass eine Korrektur des Prager Kurses unerlässlich sei. Als Führer der Anti-Reform-Koalition wollte Breshnew den Prozess der Veränderungen in dem „Bruderland“ notfalls durch eine militärische Intervention aufhalten und rückgängig machen, hoffte aber auf eine interne tschechoslowakische Regelung des Problems, um der UdSSR das bewaffnete Eingreifen zu ersparen.¹³ Dubček war zwar bereit, dem Verlangen nach Zurücknahme wichtiger Entscheidungen zu entsprechen, wurde aber in Prag nach seiner Rückkehr mit starken gegenläufigen Tendenzen und Kräften konfrontiert. Seine Haltung war seither in sich widersprüchlich: Zum einen war er Idealist, der mit ganzem Herzen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ anstrebte, zum anderen aber hegte er Vorbehalte gegenüber dem Bestreben, sich aus den Gängelungen durch die Partei zu lösen. Letztlich wurde sein Verhalten aber durch das Bewusstsein der Machtlosigkeit gegenüber dem sich laufend verstärkenden Freiheitstrend bestimmt. Dagegen anzugehen, hielt er immer wieder für aussichtslos, wenn er dazu aufgefordert wurde. Auf die Dresdener Ermahnungen reagierte er demzufolge so wie in den entsprechenden Fällen der folgenden Wochen und Monate: Den Zusagen, zu denen er sich in allgemeinen Wendungen bereit gefunden hatte, folgten keine Taten. Damit zerstörte er zusehends das Vertrauen, das ihm zunächst von Breshnew entgegengebracht wurde. Die große Zahl derer im Kreml, die ihm von Anfang an mit Argwohn begegneten, sah sich bestätigt.¹⁴

Dubčeks Nein zu der Aufforderung, eine Militärdelegation nach Moskau zu schicken (wo mutmaßlich über die von seinem Vorgänger abgelehnte Truppenstationierung gesprochen werden sollte), und eine der sowjetischen Linie widersprechende Regierungserklärung der ČSSR leiteten eine Phase wachsenden Drucks auf Prag ein. Während der Missmut des Kreml immer deutlicher artikuliert wurde, begannen die sowjetischen Militärs mit der Vorbereitung einer bewaffneten Aktion. Im Mai sah sich die tschechoslowakische Führung genötigt, der Abhaltung umfangreicher Manöver von Streitkräften der Warschauer-Pakt-Staaten (ohne das sich nicht mehr daran beteiligende Rumänien) auf ihrem Territorium zuzustimmen. Diese Übungen begannen am 19. Juni, wurden von bedrohlichen Gesten begleitet, und der Abzug der teilnehmenden Verbände verzögerte sich über den festgelegten Termin hinaus. Der Moskauer Generalstab nutzte die Gelegenheit, um sowohl das Gelände eingehend in Augenschein zu nehmen als auch die Truppen anschließend unter

13 KARNER u.a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 30f; PAVLENKO (wie Anm. 3), S. 266–270.

14 Oldřich TŮMA, *Die Dubček-Ära*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 86–90; PROZUMENŠČÍKOV (wie Anm. 4), S. 209, 216, 227f., 232.

dem Deckmantel von Anschlussmanövern in den angrenzenden Ländern in optimale Ausgangspositionen für eine eventuelle Intervention zu bringen.¹⁵

Der Kreml suchte währenddessen fieberhaft nach Möglichkeiten, die Prager Verhältnisse in seinem Sinne zu normalisieren. Im Mai gab er erstmals gegenüber den Parteichefs der vier sozialistischen Staaten, auf deren Unterstützung er zählen konnte, unverblümt die Sorge zu erkennen, dass sich die Führung der KPČ als unfähig erweisen könnte, die „gesunden Kräfte um sich herum zu konsolidieren, die Sache in die Hand zu nehmen und sich gegen die Intrigen der Konterrevolution zu wehren.“ Daher müsse man an Hilfestellungen gegenüber der ČSSR auch „in anderen Ausformungen“ denken, falls dies „im Falle einer negativen Entwicklung der Ereignisse notwendig sein“ sollte. Auch Dubček wurde nunmehr den „Schwankenden“ zwischen den „Rechten“ und den – inzwischen nicht mehr als Mehrheit sowie als zunehmend schwächer eingeschätzten – „gesunden Kräften“ zugerechnet. In Anbetracht seiner enormen Popularität bei der Bevölkerung hielt man es freilich vorerst noch für das Beste, ihm lediglich gut zuzureden. Er solle auf die „gesunden Kräfte“ in der Prager Führung hören und sich auf sie stützen. Er müsse endlich „freiwillig Ordnung schaffen“, wie er das schon mehrfach versprochen habe.¹⁶

Eskalierender Druck und militärische Intervention

Das Manifest der „2000 Worte“, in dem die maßgeblichen Intellektuellen der ČSSR am 27. Juni eine konsequente Fortsetzung der Reformpolitik forderten und der Sorge vor ihrem Abbruch Ausdruck gaben, überzeugte auch die Zögernden im Kreml, dass die Entwicklung so nicht weiterlaufen könne. Es wurden Vorbereitungen zum baldigen Einsatz der Truppen gegen die Häresie in Gang gesetzt. Die „gesunden Kräfte“ in Prag, auf deren Bemühungen man hoffte, ließ man wissen, sie könnten dabei mit tatkräftiger Unterstützung rechnen. Die Parteichefs der UdSSR, Polens, der DDR, Ungarns und Bulgariens trafen sich am 15. Juli in Warschau, fassten den Beschluss zum bewaffneten Eingreifen und schickten den – später als Dokument der „Breshnew-Doktrin“ bezeichneten – Brief nach Prag. Demnach waren die dortigen Verhältnisse nicht Sache der Tschechoslowakei allein, sondern betrafen alle sozialistischen Länder, die daher auch gemeinsam darüber zu entscheiden hatten. Wenn die KPČ nicht ihrerseits das Erforderliche in der ČSSR einleitete, müssten die anderen eingreifen, notfalls auch mit bewaffneter Gewalt.¹⁷

15 KARNER u.a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 22f., 32–36.

16 PROZUMENŠČIKOV (wie Anm. 4), S. 211–214.

17 KARNER u.a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 37f.; PROZUMENŠČIKOV (wie Anm. 4), S. 221–223; Jitka VONDROVÁ, *Prag und Moskau*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 184–188.

Breshnew hatte noch einen Rest Hoffnung, er könne den Prager Parteichef dazu bewegen, im geforderten Sinne tätig zu werden. Aus Moskauer Sicht wäre das – unabhängig davon, ob die Restauration des alten Regimes anschließend ein militärisches Eingreifen der „Bruderländer“ erfordern würde – äußerst wichtig gewesen, um die Abkehr vom ab Jahresbeginn verfolgten Kurs in der ČSSR gegenüber der Bevölkerung und dem westlichen Ausland zu legitimieren. Im tschechoslowakisch-sowjetischen Grenzort Čierná nad Tisou, wo sich das Moskauer Politbüro am 29. Juni mit der KPČ-Führung traf, hielt die sowjetische Seite jedoch deren ablehnende Haltung für wahrscheinlich. Angesichts dieser Erwartung galt es, die Weigerung, der Forderung nach „Wiederherstellung des Sozialismus“ nachzukommen, unzweideutig festzustellen. Das sollte dann die Intervention in der Öffentlichkeit rechtfertigen. Dubček zeigte sich jedoch während mehrtägiger schwieriger Verhandlungen zu konkreten Zusagen bereit. Da es sich dabei diesmal anders als bei früheren Gelegenheiten um genau umrissene und daher rasch überprüfbare Zusicherungen handelte, war Breshnew bereit, kurzzeitigen Aufschub zu gewähren. Dubček musste die übernommene Verpflichtung auf dem anschließenden Sechsertreffen in Bratislava vor den vier anderen zum bewaffneten Handeln bereiten Parteiführern durch seine Unterschrift bekräftigen.

Am 11. August gewann der Kremlchef freilich bei einem Telefonat mit dem Chef der KPČ den Eindruck, dass dieser seine Zusage wieder nicht erfüllen werde, obwohl er sie diesmal in konkreter und schriftlicher Form gegeben hatte. Daraufhin leitete er die Intervention ein, um ihn und seine Leute durch „gesunde Kräfte“ zu ersetzen, die endlich Ordnung schaffen würden. Zehn Tage später fielen die an den Grenzen aufmarschierten Verbände kurz nach Mitternacht in der ČSSR ein und brachen handstreichartig wichtige Positionen in ihre Hand. Insbesondere besetzten sowjetische Truppen den Prager Flughafen, die Gebäude von Regierung und Zentralkomitee und die zentrale Rundfunkstation. Die noch zu Beratungen versammelte Parteiführung wurde völlig überrascht. Der Verteidigungsminister wies die Soldaten an, keinen Widerstand zu leisten. Wenig später sahen sich Dubček und seine Leute zu Gefangenen gemacht.¹⁸ Zu Ulbrichts Verärgerung durfte die Nationale Volksarmee, die auf den Einsatz vorbereitet worden war und an der Grenze handlungsbereit aufmarschiert war, an der Okkupation nicht teilnehmen: Unmittelbar vor Beginn der Invasion hatten mit der UdSSR kollaborierenden Kräfte in Prag den Kreml darauf hingewiesen, dass eine deutsche Mitwirkung im Lande höchst unerwünschte Erinnerungen an den Einmarsch der Wehrmacht im März 1939

¹⁸ KARNER u. a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 38–41; PROZUMENŠČIKOV (wie Anm. 4), S. 224–235; VONDROVÁ (wie Anm. 17), S. 188–192.

wecken würde.¹⁹ Die Organe des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit, deren Aktivitäten nicht sichtbar wurden, beteiligten sich dagegen intensiv an der Repression der Reformbewegung.²⁰

Durchführung und Wirkung

Die militärische Durchführung der Intervention gelang in mustergültiger Weise. In politischer Hinsicht jedoch nahm die Aktion einen katastrophalen Verlauf. Der sowjetische Plan sah vor, dass die „gesunden Kräfte“ das Eingreifen der „Bruderstaaten“ durch die Veröffentlichung ihres „Hilferufs“ legitimieren, die Regierung übernehmen und die Bevölkerung hinter sich bringen sollten. Das Eindringen der fremden Truppen wurde jedoch überall im Lande als ein feindliches Vorgehen empfunden und einte alle zu gemeinsamem zivilen Widerstand. Hatte es bis dahin gegensätzliche Standpunkte darüber gegeben, ob man es bei bloßen Korrekturen am bestehenden System belassen oder grundlegende Veränderungen anstreben sollte, so stimmte man nun allseits in dem Willen überein, die errungene Liberalität und die nationale Unabhängigkeit gegen die UdSSR und ihre Gefolgschaft zu verteidigen. Viele spontane Aktivitäten machten die vorgesehene „Normalisierung“ des politischen Lebens zunichte. Aktionen wie das Entfernen und Umsetzen von Richtungsschildern zur Irreführung des eingedrungenen Militärs und die allerorten zutage tretenden Proteste vermochten zwar nichts an der Tatsache der Okkupation zu ändern, ließen es aber den „gesunden Kräften“ ratsam erscheinen, ihre Kollaboration zu verschweigen, um sich nicht dem Hass und der Wut des Volkes auszusetzen. Große Bedeutung hatten privat improvisierte Sendestationen, die von ständig wechselnden Standorten aus Informationen über das Vorgehen der Besatzer, das Verhalten der Bevölkerung und andere Entwicklungen im Lande verbreiteten.²¹

Mit dem militärischen Instrumentarium ließ sich die ČSSR nicht unter Kontrolle bringen, und die Kollaborateure erwiesen sich als kleine, einflusslose Minderheit in der KPČ ohne Rückhalt in im Volk. Nur die enorme Autorität Dubčeks konnte den allgemeinen Aufruhr beschwichtigen und die Bevölkerung zur Rückkehr zu geordneten Verhältnissen veranlassen. Erst auf dieser Grundlage konnte man an die beabsichtigte Wiederherstellung der alten Ordnung denken. Daher ließ der Kreml den tschechoslowakischen Parteichef und die anderen gefangen gesetzten Führungsmitglieder im Flugzeug nach Moskau

19 Rüdiger WENZKE, *Die Nationale Volksarmee der DDR: Kein Einsatz in Prag*, in: KARNER u. a. (wie Anm. 2), S. 673–686.

20 Thomas GROSSBÖLTING, *Die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ und das Ministerium für Staatssicherheit der DDR*, in: KARNER u. a. (wie Anm. 2), S. 815–818.

21 KARNER u. a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), EBD., S. 41–43; PROZUMENŠČIKOV (wie Anm. 4), S. 235–239; TŮMA (wie Anm. 14), S. 91.

bringen, um ihm dort unter scharfen Drohungen einen „Vertrag“ abzupressen, mit dem wesentliche Reformbeschlüsse zurückgenommen, führende Reformpolitiker ausgeschaltet und dem Parteichef akzeptabel erscheinende Kompromisskandidaten zur Seite gestellt wurden. Die vorgesehene Restauration der früheren Verhältnisse wurde auf diese Weise vorerst nur teilweise verwirklicht, aber doch so weit in Gang gesetzt, dass sie sich anschließend zu einer vollständigen „Normalisierung“ des politischen Lebens ausbauen ließ. Das geschah, ungeachtet ständiger Protestaktionen im Lande, schrittweise mit Unterstützung von Präsident Svoboda, den die Reformer ins Amt gebracht und als einen der ihren betrachtet hatten: Im April 1969 leitete Dubčeks Ersetzung durch Husák das totale Ende der Politik vom Frühjahr und Sommer 1968 und die uneingeschränkte Verfolgung ihrer Vertreter und Anhänger ein.²²

Das Vorgehen hatte auch gravierende Auswirkungen auf das generelle Verhältnis zwischen der UdSSR und ihren Gefolgschaftsstaaten. War in Ungarn 1956 noch unklar gewesen, wann die Führungsmacht in das innenpolitische Geschehen eines Landes in ihrem Lager militärisch eingreifen würde, ja sogar, ob sie sich überhaupt dazu entschließen würde, so war nun mit der „Breshnew-Doktrin“ klargestellt, dass dies stets zu geschehen hatte, wenn es nach Ansicht des Kreml zu erheblichen Abweichungen vom sowjetischen Herrschafts- und Gesellschaftsmodell kam. Im Falle Ungarns war die Intervention noch damit gerechtfertigt worden, dass Ministerpräsident Nagy in Verletzung der vertraglich festgelegten Bündnisverpflichtung den Austritt seines Landes aus dem Warschauer Pakt erklärt hatte. Angesichts der Moskauer These, dass man der „Konterrevolution“ entgegengetreten sei, die nach amtlicher Auffassung unter keinen Umständen geduldet werden durfte, war zwar zweifelhaft, ob das der wirkliche Grund war, doch hatten die Reformkommunisten in Prag gehofft, sich mit dem betonten Bekenntnis zum östlichen Bündnis die Handlungsfreiheit im Innern erkaufen zu können. Eine solche Erwartung konnte fortan niemand mehr hegen. Mit der Androhung des bewaffneten Eingreifens glaubte der Kreml die innere Stabilität in den verbündeten Ländern gesichert.

Warum zögerte Breshnew so lange?

Es stellt sich die Frage, wieso Breshnew seinen schon im März gefassten Entschluss, die Reformbewegung notfalls mit militärischer Gewalt zu unterdrücken, erst verwirklichte, nachdem sie sich weitere fünf Monate lang entfaltet hatte. Seine anfängliche Hoffnung, dass „gesunde Kräfte“ in der KPČ mit der Häresie Schluss machen würden, war längst unrealistisch geworden. Warum er dennoch untätig blieb und immer wieder neu bemüht war, Dubček zum

²² Peter RUGGENTHALER/Harald KNOLL, *Die Moskauer „Verhandlungen“*, in: KARNER u. a. (wie Anm. 2), S. 717–758; KARNER u. a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 43f.

entschlossenen Kampf gegen die Reform zu veranlassen, wird deutlich, wenn man auf die internationale Lage schaut. Seit Mitte der sechziger Jahre war die Entspannung im Verhältnis zur UdSSR weithin in das Zentrum des westlichen Bestrebens gerückt. Die Öffentlichkeit hoffte auf die Überwindung oder zumindest Entschärfung des Systemkonflikts, angesichts des kräftezehrenden Vietnam-Krieges erwog die Administration in Washington eine Reduzierung der militärischen Präsenz in Europa und suchte ein freundliches Verhältnis zum Kreml, während Staatspräsident de Gaulle die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten grundlegend verändern wollte. Nachdem die USA und die Bundesrepublik seinen jeweiligen Plänen, die Frankreich eine herausgehobene internationale Position verschaffen sollten, Absagen erteilt hatten, dachte er ähnlich wie die Führung in Moskau daran, NATO und Warschauer Pakt längerfristig durch ein gesamteuropäisches Arrangement der kollektiven Sicherheit zu ersetzen. Auf dieser Basis sollte sein Land zusammen mit der UdSSR das Gegengewicht zu Westdeutschland in Europa und zu den USA auf globaler Ebene bilden.²³ Das regierungsnahe Pariser Centre d'Études de Politique Étrangère plädierte dafür, von der Entspannung über ein Einvernehmen zu genereller Zusammenarbeit auf dem Kontinent zu gelangen. Das regte auch anderswo, etwa bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn, den Entwurf von Entspannungsprogrammen an.

Staatspräsident de Gaulle beließ es nicht bei Überlegungen. Anfang 1966 kündigte er an, er werde nach dem Ende der Unkündbarkeit des Nordatlantikvertrags im April 1969 die militärischen Einrichtungen der Allianz in seinem Land nationalem Oberbefehl unterstellen. Am 1. Juli ließ er die Erklärung folgen, dass Frankreich 1967 aus der Militärorganisation der NATO ausscheide. Damit blieb die Bundesrepublik als allein ausschlaggebende Basis des Bündnisses auf dem Kontinent übrig. Im Kreml hoffte man, dass auch sie dem gaullistischen Trend folgen werde. Als die Ende 1966 in Bonn gebildete CDU/CSU-SPD-Regierung stattdessen voll zu den Allianzpflichten stand und sich gleichzeitig durch Verständigungsangebote an östliche Staaten der allgemeinen Tendenz anzupassen suchte, wurde sie von Moskau und Ost-Berlin mit heftiger Polemik unter Druck gesetzt. Ihre von den „imperialistischen“ USA unterstützte „aggressive“ und „revanchistische“ Politik richte sich gegen die Entspannung und bedrohe den Frieden und die Sicherheit der europäischen Völker.²⁴

Die Entwicklung der Reformbewegung in der Tschechoslowakei gab im Westen der Hoffnung Auftrieb, dass sich die zwei gegenüberstehenden Sys-

23 Georges-Henri SOUTOU, *Paris und der „Prager Frühling“*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 355–357.

24 Gerhard WETTIG, *Die Sowjetunion, die DDR und die Deutschland-Frage 1965–1976*, Stuttgart 1976, S. 41–68.

teme immer mehr einander annähern würden. Der Kreml hatte zwar den Konvergenzgedanken stets abgelehnt, sah sich aber in der Erwartung bestärkt, dass es 1969 zu einer Welle von Austritten aus der NATO kommen werde. Diese Aussicht wurde vorhersehbar zunichte, wenn die UdSSR die Reformen in der ČSSR mit bewaffneter Gewalt beendete. Wenn Breshnew dagegen die Kursänderung auf unspektakuläre allmähliche Weise in Gang setzte und als einen auf dem Willen des Landes beruhenden Prozess glaubhaft machte, konnte er hoffen, dass in Westeuropa keine Irritation entstand, die den gegen die atlantische Allianz gerichteten Trend stoppte.

Westliche Reaktionen auf die Intervention in der ČSSR

Die Sorge des Kremlchefs, eine Militäraktion gegen die Prager Reformkommunisten bedeute das Ende der Chance, die NATO auszuschalten, erwies sich als begründet. Die politischen Fehlschläge während der Intervention zeigten aller Welt noch deutlicher als das bloße Faktum des militärischen Eingreifens, dass die UdSSR die ČSSR gewaltsam daran hinderte, ihre inneren Verhältnisse nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, und mit allen Mitteln im eigenen Lager die Konvergenzbestrebungen unterdrückte, auf deren Sieg man in Westeuropa vielfach gehofft hatte. Die stürmische Begeisterung, die der „Prager Frühling“ in weiten Kreisen hervorgerufen hatte, verwandelte sich in eine antisowjetische Stimmung, die bis hinein in die kommunistischen Parteien namentlich Italiens und Frankreichs reichte. Die alte Furcht der Westeuropäer vor der „Bedrohung aus dem Osten“ erhielt neue Nahrung. In der Sicht der atlantischen Militärs bedeutete die Besetzung der Tschechoslowakei eine Verschlechterung des Kräfteverhältnisses – auch das eine Quelle des Misstrauens gegenüber der UdSSR. Aufgrund dieser veränderten Wahrnehmungen schwand die Bereitschaft, den Schutz der NATO für ein anderes Sicherheitsarrangement aufzugeben. Nur de Gaulle wollte trotz Verurteilung der Intervention den Gedanken an eine Alternative zu den bestehenden Verhältnissen in Europa nicht dauerhaft fallen lassen und suchte der veränderten Lage durch eine vorübergehende Abkehr von der Sowjetunion zu entsprechen. Sein Rücktritt im Frühjahr 1969 verhinderte die Rückkehr zum Kurs der „Überwindung der Blockpolitik“.²⁵

Seine Nachfolger hielten – ebenso wie die Regierungen der anderen NATO-Staaten – an der Entspannungspolitik fest, für die jedoch nunmehr der Harmel-Bericht vom Dezember 1967 zur unstreitigen Grundlage wurde. Danach waren Verteidigung und Entspannung zusammen notwendig, um die die Sicherheit der Bündnismitglieder zu gewährleisten. Nicht nur in Washington, London,

25 SOUTOU (wie Anm. 23), S. 359–364.

Paris und Bonn, sondern in allen westlichen Hauptstädten wurde der politischen und militärischen Stärkung der Allianz große Bedeutung beigemessen. Eine Absetzbewegung oder gar ein Austritt kamen ebenso wenig in Betracht wie eine Abkopplung von den USA. Der Grund dafür, dass man zwar gegen die Intervention Stellung nahm, aber – anders als beim Ungarn-Aufstand im Herbst 1956 – kaum für die Sache der Unterdrückten stritt, ist auf innen- wie außenpolitische Motive zurückzuführen. Die Amerikaner waren im Blick auf den Vietnam-Krieg und ein erhofftes Rüstungsbegrenzungsabkommen an einem guten Verhältnis zum Kreml interessiert. Auch den Briten waren andere Fragen wichtiger als die inneren Verhältnisse im Osten. Beide Seiten akzeptierten die Teilung Europas in zwei getrennte Machtbereiche. Besorgt waren sie nur über die anfänglich befürchtete Möglichkeit, dass auch Rumänien und Jugoslawien zum Ziel des Angriffs werden könnten. Der Umstand, dass die Besetzung der ČSSR die NATO aus einer sich möglicherweise kritisch zuspitzenden Lage befreite, erschien als ein Glück, welches das Unglück in Prag völlig aufwog. In der Bundesrepublik verstärkte sich das Gefühl, man müsse mit der UdSSR und den anderen östlichen Staaten zu einer Verständigung über die strittigen Fragen in Deutschland kommen.²⁶ Die Schlussfolgerung aus all dem lautete, dass die sowjetische Seite vernünftigerweise nicht länger darauf hoffen konnte, die USA aus Europa zu vertreiben und die NATO zu zersetzen.

Reaktionen der neutralen und nicht-gebundenen Staaten

Das neutrale Österreich sprach zwar so wie die westlichen Länder den Tschechen und Slowaken sein Mitgefühl aus und nahm viele Flüchtlinge auf, sah sich aber zugleich wegen seiner exponierten Lage zu großer Zurückhaltung veranlasst. Selbst als sowjetische Flugzeuge laufend sein Territorium verletzen, zögerte die Regierung lange, dagegen ausdrücklich zu protestieren. Auch wurde das Bundesheer nicht an der gefährdeten Grenze, sondern entfernt davon disloziert. Bundeskanzler Klaus setzte sich damit dem Vorwurf der parlamentarischen Opposition aus, dass er die Erfordernisse der nationalen Sicherheit vernachlässige.²⁷ Das militärische Vorgehen gegen die ČSSR rief in Belgrad höchste Sorge hervor. Man fürchtete, ebenfalls zum Ziel eines An-

26 Günter BISCHOF, „No Action“. *Die USA und die Invasion in die Tschechoslowakei*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 319–354; Saki R. DOCKRILL, *Verteidigung und Entspannung: Großbritannien und die Tschechoslowakei*, in: EBD. S. 379–386; Horst MÖLLER, *Die Bundesrepublik Deutschland und der „Prager Frühling“*, in: EBD. S. 549–558; Udo WENGST, *Die bundesdeutschen Parteien und ihre Reaktionen auf den Einmarsch*, in: EBD. S. 559–570.

27 Peter RUGGENTHALER, *Der Neutralität verpflichtet: die sowjetisch-österreichischen Beziehungen 1968*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 993–1006; Horst PLEINER/Hubert SPECKNER, *Das österreichische Bundesheer und die ČSSR-Krise*, in: EBD. S. 1007–1024.

griffs zu werden. Während man sich auf eine Verteidigung des Landes vorbereitete, gaben Washington und London nur begrenzte Hilfszusagen. Dennoch schien es für eine kurze Zeit so, als könnte sich das frühere gute Verhältnis zum Westen erneuern. Die prowestliche Phase war zu Ende, als sich Tito Anfang der siebziger Jahre gegen die nach seiner Ansicht zu weit gehenden Reformen der „Dubčekisten“ in der kroatischen Teilrepublik wandte.²⁸ Auch Rumänien sah sich im Sommer und Herbst 1968 militärisch bedroht und bereitete sich darauf vor, mit allen Kräften bewaffneten Widerstand zu leisten. Washington warnte Moskau vor einer militärischen Aktion. Das enge Verhältnis sowohl zu Jugoslawien als auch zur Volksrepublik China bot Rückhalt. Ceaușescu hielt das Land uneingeschränkt unter kommunistischer Kontrolle und stilisierte sich zum nationalen Helden, dem die Unabhängigkeit des Landes gegenüber der UdSSR zu verdanken sei. Dieser Mythos war ein ausschlaggebendes Moment, das es ihm ermöglichte, seine Herrschaft bis 1989 aufrechtzuerhalten.²⁹

Der finnische Präsident Kekkonen, der stets um enge Kooperation mit der UdSSR bemüht gewesen war, sah nach der Militäraktion gegen den Reformkommunismus aufgrund von Hinweisen aus Moskau, die an die militärischen Verpflichtungen seines Landes erinnerten, dessen politische Neutralität bedroht. Wollte der Kreml die beiderseitige Beistandszusage im Vertrag von 1948 für den Fall eines Angriffs Deutschlands und mit ihm verbündeter Staaten dazu benutzen, um nach der ČSSR auch Finnland zur Unterwerfung zu zwingen? Zwar zeigte sich allmählich, dass keine akute Gefahr bestand, doch suchte er sowohl Wohlwollen im Kreml als auch eine Position in der internationalen Politik dadurch zu gewinnen, dass er die Rolle eines Vermittlers übernahm. Er machte sich zum Anwalt der von sowjetischer Seite gewünschten multilateralen Verhandlungen und bemühte sich umgekehrt in Moskau um Verständnis für die diesbezüglichen Vorstellungen der westlichen Regierungen. Auf diese Weise trug er entscheidend dazu bei, dass die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) stattfinden konnte.³⁰

Die Intervention in der ČSSR wirkte sich negativ auf den Zusammenhalt der Kommunisten aus. Ihre leitenden Funktionäre in Westeuropa, vor allem die Führer großen Parteien in Italien und Frankreich, sahen sich in der Hoffnung getäuscht, ein Sozialismus-Modell in die Hand zu bekommen, das deutlich von der hergebrachten repressiven Ausrichtung abrückte und dem Be-

28 JAKOVINA (wie Anm. 10), S. 577–586; Hrvoje KLASIĆ, „Caught between the Blocs“. Jugoslawien und die tschechoslowakische Krise, in: KARNER u. a. (wie Anm. 2), S. 587–604.

29 IONESCU (wie Anm. 10), S. 610–616.

30 Heikki LARMOLA, Finnland zwischen sowjetischem Versuchslabor und beginnendem KSZE-Prozess, in: KARNER u. a. (wie Anm. 2), S. 633–658.

dürfnis ihrer Landsleute nach Freiheit gerecht wurde. Stattdessen hatte der Kreml die These der politischen Gegner bestätigt, dass das sozialistische System Unterdrückung bedeute. Wie ein italienischer Spitzenkader in der ersten Empörung erklärte, konnte man froh sein, von der NATO vor sowjetischer Gewalt geschützt zu sein. Die Genossen in Rom und Paris sahen sich zwar nachfolgend dazu veranlasst, den Konflikt mit dem Kreml zu entschärfen, doch ihre Entfremdung erreichte ein Ausmaß, das fortan das frühere enge Zusammenwirken bei Kampagnen in Westeuropa weithin unmöglich machte.³¹ Die chinesische Führung wandte sich mit großer Schärfe gegen die „barbarische Aggression“, welche die UdSSR gegen die unabhängige Tschechoslowakei verübt habe. Auch sie habe einen Angriff zu befürchten. Ob sie angesichts der Tatsache, dass hier erstmals Kommunisten einen unstreitigen „Bruderstaat“ mit Krieg überzogen hatten, tatsächlich diese Sorge hegte, ist unklar, doch führt von diesen Erklärungen im Herbst 1968 unverkennbar eine Linie zu den schweren Gefechten am Ussuri im Frühjahr des folgenden Jahres und zum antisowjetischen Einvernehmen mit den USA von 1971/72, das die globale Kräftekonstellation wesentlich veränderte.³²

Bilaterale Verhandlungen zwischen Ost und West

Nach Ausschaltung der Reformkräfte in der ČSSR war sich der Kreml mit den westlichen Regierungen einig, dass die Entspannungspolitik unter Außerachtlassung der trennenden Systemfragen fortgeführt werden müsse. Im Budapester Appell der Warschauer-Pakt-Staaten vom 17. März 1969 erneuerte er den 1966 vorgelegten Vorschlag einer „gesamteuropäische[n] Konferenz zur Erörterung der Fragen der europäischen Sicherheit und der friedlichen Zusammenarbeit“, auf der über ein „dauerhaftes System der europäischen Sicherheit“ beraten werden sollte, das der „Teilung der Welt in Militärblöcke“ und dem „Wettrüsten“ ein Ende setze. Um die angebotenen Verhandlungen attraktiv erscheinen zu lassen, bekundete man ausdrücklich die Bereitschaft zur „Berücksichtigung der Interessen aller Staaten und Völker“, und zur Begründung hieß es, es sei eine „Lebensnotwendigkeit“ für die Völker des Kontinents, „neue militärische Konflikte zu vermeiden und die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte zwischen allen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Respektierung der Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten zu stärken.“³³

31 Vgl. u. a. Anatolij TSCHERNJAEW, *Mein deutsches Tagebuch. Die deutsche Frage im ZK der KPdSU (1972–1991)*, Klitzschen 2005, S. 95; Karen N. BRUTENC, *Tridcat' let na Staroj Ploščadi*, Moskau 1998, S. 140.

32 Chen JIAN, *The Path Toward Sino-American Rapprochement, 1969–1972*, in: David C. GEYER/Bernd SCHAEFER (Hg.), *American Détente and German Ostpolitik, 1969–1972*, Washington 2004, S. 26–52.

33 Text in: „Pravda“ vom 18.3.1969; Hans-Adolf JACOBSEN/Wolfgang MALLMANN/Christian MEIER (Hg.), *Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation*, Bd. 1, Köln 1973, S. 120–122.

Die westlichen Regierungen standen aufgrund ihres Interesses an einer Entspannung der internationalen Situation dem Vorschlag grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber, doch ließen die gewaltsame Liquidierung der Prager Reformbewegung, die enttäuschte Hoffnung auf Konvergenz und die erneuerte Vorstellung einer „Bedrohung aus dem Osten“ die Idee absurd erscheinen, dass ein Europa-Arrangement mit der UdSSR den Staaten des Kontinents gemeinsam Schutz gewähren könnte. Während man in Washington, wo man zweiseitige Verhandlungen mit Moskau deutlich wünschte, multilateralen Beratungen der genannten Art gänzlich ablehnend gegenüberstand, neigte man in den westeuropäischen Hauptstädten, vor allem auch in Bonn, zu der Auffassung, man solle das sowjetische Interesse an der Europa-Konferenz und die bekundete Bereitschaft zum Eingehen auf andere Vorstellungen dazu benutzen, um Vereinbarungen mit dem Kreml über verschiedene lösungsbedürftige Fragen zu erreichen. Die Unterredungen darüber sollten nicht auf der Konferenz, sondern im jeweils sachentsprechenden Rahmen geführt werden. Daher wurden die multilateralen Beratungen, auf die es dem Kreml ankam, erst zu einem Zeitpunkt vorgesehen, wenn die strittigen Einzelprobleme zuvor bereinigt worden seien, die, wie es hieß, den Weg dorthin versperrten.

Mithin ging es darum, die Europa-Konferenz als Lockmittel für außerhalb angestrebte Regelungen einzusetzen. Über diese sollte im Kreise nicht aller, sondern nur der jeweils betroffenen Länder verhandelt werden. In Bonn wollte man zudem verhindern, dass die DDR durch eine Teilnahme an der europäischen Zusammenkunft das Ziel ihrer internationalen Anerkennung erreichte, ehe man über die innerdeutschen Fragen gesprochen hatte. Die sowjetische Führung hielt zwar an der Konferenz und dem damit verbundenen Ziel fest, die „Konfrontation der Blöcke“ zu beseitigen, sah aber, dass sie auf dem Weg dorthin um Konzessionen nicht herumkam. Sie akzeptierte daher, dass die finnische Regierung, um die westlichen Staaten zur Teilnahme zu bewegen, die Einladung zur Europa-Konferenz an die Adresse der NATO richtete und dabei deren amerikanische Mitgliedsländer ausdrücklich einbezog. Folglich sollten die USA und Kanada nicht mehr von den europäischen Angelegenheiten ausgeschlossen werden, wie es die UdSSR bis dahin beabsichtigt hatte. Zudem sollte der Verhandlungsrahmen in vorbereitenden Gesprächen festgelegt werden.³⁴ Das gab der westlichen Seite die Möglichkeit, Einfluss auf die Themenwahl zu nehmen und den Konferenzbeginn hinauszuzögern.

Der Kreml war generell um den Eindruck der Verständigungs- und Kompromissbereitschaft bemüht. Das zeigte sich bereits im März 1969 am krisenträchtigen Konfliktherd Berlin. Die UdSSR und die DDR bestritten seit langem der Bundesrepublik das Recht auf Präsenz in den Westsektoren und hatten im

34 Memorandum der finnischen Regierung vom 5.5.1969, in: JACOBSEN/MALLMANN/MEIER (wie Anm. 33), S. 128f.

April 1965 auf eine dortige Plenarsitzung des Bundestages mit scharfen Maßnahmen an den Zugangswegen reagiert. Als nunmehr im Reichstagsgebäude die Wahl des Bundespräsidenten vorgesehen war, verpflichtete die Führung in Moskau zunächst die ostdeutsche Seite dazu, sich mit Kontakten zur Beilegung des Streits einverstanden zu erklären,³⁵ und suchte dann nach Möglichkeiten der Konfliktvermeidung. Nach dem Scheitern dieser Versuche erlaubte sie dem SED-Staat lediglich begrenzte Repressalien und sorgte für deren rasches Ende.³⁶ Im Sommer bot Außenminister Gromyko den Westmächten öffentlich Gespräche zur Regelung der strittigen Probleme in der Stadt an.³⁷ Die sowjetische Seite stellte die westliche Präsenz in West-Berlin nicht in Frage und rückte davon ab, den geforderten Status einer „selbständigen politischen Einheit“ uneingeschränkt durchzusetzen. Sie wollte aber auf „bestimmte[n] Schritte der Westmächte“ zur „Verhinderung der herausfordernden Demonstrationen der Bundesrepublik“ bestehen.³⁸ Ab Herbst sprachen die Diplomaten der Vier Mächte darüber mit dem Ergebnis, dass ihre Botschafter in Bonn bzw. Ost-Berlin den Auftrag erhielten, ab dem 26. März 1970 eine Übereinkunft zu diskutieren.

Das waren nicht die einzigen Verhandlungen, die in Gang kamen. Die Anfang 1969 ins Amt gekommene Nixon-Administration in den USA war ebenso wie Breshnew (der dabei auf den Widerstand von Verteidigungsminister Marschall Gretscho und anderer Militärs stieß) daran interessiert, das Wettrüsten einvernehmlich zu begrenzen. SPD und FDP, die nach den Wahlen vom Herbst 1969 die Regierung in Bonn bildeten, bekundeten den Willen, die DDR als Staat zu behandeln, der freilich für die Bundesrepublik nicht Ausland sein könne. Auf dieser Grundlage fand sich der Kreml zur Erörterung der bilateral strittigen Fragen bereit. Nach einem ergebnislosen Auftakt im Herbst 1969 wurde in den Gesprächen zwischen Moskau und Bonn von Anfang Januar bis Mitte August 1970 der Durchbruch erzielt. Dieses Ergebnis wurde möglich, weil Breshnew mit der Unterstützung namentlich Andropows (bei unwilligem Abseitsstehen einiger Politbüromitglieder) Gromyko als Unterhändler dazu veranlasste, die nötigen Mindestabstriche von den Ausgangspositionen vorzunehmen.

Die sowjetische Seite ließ daher die Forderung nach Unverrückbarkeit der Grenzen fallen und stimmte einer Formulierung zu, die einen „friedlichen

35 Vermerk über das Gespräch O. Winzer/V. Semënov, 29.8.1969, SAPMO-BArch, DY 30/3524, Bl. 167.

36 Gerhard WETTIG, *Ulbricht, die UdSSR und die Vier-Mächte-Rechte in Berlin*, in: Michael LEMKE (Hg.), *Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg*, Köln 2006, S. 57f.

37 A.A. Gromyko auf der Tagung des Obersten Sowjet der UdSSR, 10.7.1969, in: „Pravda“ vom 11.7.1969.

38 Gesprächsvermerk (wie Anm. 35), Bl. 169–178.

Wandel“ der territorialen Verhältnisse nicht von vornherein ausschloss. Sie nahm auch hin, dass Bonn darauf bestand, dass es nur eine staats-, aber keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR geben könne, und sich mit einem „Brief zur deutschen Einheit“ vorbehielt, am Ziel der Wiedervereinigung weiter festzuhalten. In den Leitlinien des erzielten Einvernehmens sah Breshnew einen „Markstein“ auf dem Weg zur „Normalisierung“ der Beziehungen in Europa, auch wenn die „Reaktion“ in Bonn – gemeint war die CDU/CSU-Opposition – „die Waffen nicht niedergelegt“ habe und „die positiven Prozesse in der europäischen Entwicklung“ bremse. Unzufrieden war er freilich damit, dass die Westmächte und die Bundesrepublik das Inkrafttreten des ausgehandelten Vertrages sowie die Bereitschaft zur Europa-Konferenz von einer „befriedigenden Berlin-Regelung“ abhängig machten. Weil er aber der Konferenz größte Bedeutung beimaß, hielt er es trotzdem für richtig, die „notwendige Energie“ aufzubringen, um die Hindernisse aus dem Weg zu räumen.³⁹ Die sowjetische Seite war deshalb nach längerem Hin und Her zu einem Modus vivendi in Berlin bereit, der die Probleme der geteilten Stadt regelte.⁴⁰ Erst nachdem dieser Konflikt auf eine für den Westen akzeptable Weise beigelegt war, wurde der Vertrag mit Moskau, auf den Breshnew allergrößten Wert legte, von Bonn in Kraft gesetzt. Gemäß den darin enthaltenen Vorgaben handelte 1972 die Bundesrepublik mit der DDR den Vertrag über die Grundlagen der beiderseitigen Beziehungen aus. Dabei machte der Kreml seinen Einfluss geltend, um die ostdeutsche Seite zum minimal erforderlichen Entgegenkommen zu bewegen.

Verhandlungen auf der KSZE

Bei all diesen Bemühungen ließ sich Breshnew von dem Bestreben leiten, den Status quo in Mitteleuropa festzuschreiben und das Zustandekommen der KSZE zu gewährleisten, von der er sich ein Arrangement erhoffte, das die beiden Bündnisse ersetze oder wenigstens überwölbe. Durch sein starkes Interesse am Erfolg der Konferenz, das von den Westeuropäern nicht in gleichem Maße und von den Amerikanern überhaupt nicht geteilt wurde, geriet er von Anfang in der Rolle des Demandeurs, der für die Erfüllung seiner Wünsche

39 Breshnew auf der Sitzung des Politischen Konsultativkomitees des Warschauer Pakts, 2.12.1970, SAPMO-BArch, DY 30/3391, Bl. 182–198 (insbes. 182f., 185, 197f.).

40 Text des Vier-Mächte-Abkommens vom 3.9.1971, in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Bd. 8: 30.1.–3.9.1971, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1971, S. 371–384. Zum Verlauf der Verhandlungen siehe Andreas WILKENS, *Der unstete Nachbar. Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1969–1974*, München 1990, S. 123–168; David C. GEYER, *The Missing Link. Henry Kissinger and the Back-Channel Negotiations on Berlin*, in: David C. GEYER/Bernd SCHAEFER (Hg.), *American Détente and German Ostpolitik*, Washington 2004, S. 80–97.

einen Preis zu zahlen hatte. Zudem zeigte sich, dass der Westen in den meisten Fragen mit den neutralen und vielfach auch mit den nicht-gebundenen Teilnehmerstaaten übereinstimmte, und sogar innerhalb der Warschauer-Pakt-Länder machten sich gelegentlich Differenzierungen bemerkbar.

Während die Amerikaner der KSZE zunächst noch skeptisch gegenüberstanden, nutzten die Westeuropäer, vor allem die in vollem Konsens agierenden neun Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft, die günstige Verhandlungssituation, um neben anderen Forderungen auch das Verlangen nach gesellschaftlicher Öffnung des sozialistischen Lagers geltend zu machen. Sie drangen nicht nur darauf, dass die zwischen Moskau und Bonn vereinbarte Unverletzlichkeit der Grenzen friedliche Grenzänderungen in wechselseitigem Einvernehmen zulasse und dass der Grundsatz der staatlichen Souveränität die freie Entscheidung über die Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit zu einem Bündnis einschließe. Sie verlangten auch mit nachdrücklicher Unterstützung der Neutralen die Freigabe des Kontakts und der Kommunikation über die Systemgrenzen hinweg (als zentrales Desiderat von „Korb III“, das heißt der Bestimmungen über die „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“).

Im Moskauer Politbüro war heftig umstritten, ob man auf die vielfachen Forderungen eingehen könne, die von den westlichen Verhandlungspartnern bereits in den Vorgesprächen umrisshaft zum Ausdruck gebracht wurden. Die Führungsmitglieder vertraten in ihrer großen Mehrheit die Ansicht, mit den Verträgen, welche die Bundesrepublik mit der UdSSR und der DDR geschlossen habe, sei alles erreicht worden, was realistisch zu erwarten sei, vor allem die Anerkennung der DDR und die vertragliche Fixierung der Unverletzlichkeit der Grenzen. Wenn man noch mehr wolle, werde man sich nur schaden. Man solle sich daher aus dem Netz befreien, in das man sich mit der KSZE selbst verstrickt habe. Als Parteichef, der letztlich zu entscheiden hatte, hielt Breshnew jedoch an der Hoffnung fest, dass die Konferenz zu einer gemeinsamen Sicherheitsorganisation von Ost und West und damit zumindest zu einer Relativierung der gegeneinander stehenden Bündnisse führen werde.⁴¹

Schon zu Beginn der Verhandlungen auf der KSZE wurde der Streit so heftig, dass ihr Ende abzusehen war. Nur mit allen möglichen verbalen Tricks konnte der sowjetische Unterhändler Kowaljow dies verhindern. Im September 1973 stellte sich Breshnew im Urlaub auf der Krim die Frage, wie er im Westen Interesse an der Fortführung der Konferenz wecken könne, und kam

41 Anatolij S. ČERNJAEV, *Moja žizn', moë vremja*, Moskau 1995, S. 291f. Zu der Ausgangsposition, die der Kreml unter Chruschtschow festgelegt hatte, in der zentralen Frage von „Korb III“ siehe Gerhard WETTIG, *Chruschtschow, der Wettbewerb der Systeme und das Problem der intersystemaren Informationsverbreitung*, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003) 4, S. 318–333.

zu dem Schluss, dass eine Einstellung der Störmaßnahmen gegen die Radio-sendungen von Voice of America, BBC und Deutscher Welle den guten Willen der UdSSR kundtun würde.⁴² Damit waren jedoch die Auseinandersetzungen namentlich über den „Korb III“ nicht ausgestanden. Auf das Plädoyer Kowaljows für weitere Zugeständnisse reagierten die Kritiker im Parteiapparat mit dem Argument, die UdSSR verliere nichts, wenn die Konferenz ohne Ergebnis zu Ende gehe. Die Unverletzlichkeit der Grenzen sei im Vertrag mit der Bundesrepublik bereits festgelegt, und es wäre verfehlt, wenn man als Preis dafür noch der „ideologischen Penetration“ und der freien Verbreitung der Ideen zustimmen würde. Dieser Auffassung zufolge, waren die internationale Position und die innere Stabilität wesentlich auf die Existenz eines mächtigen Militärapparats zurückzuführen. Durch die Bereitschaft zum Eingehen auf westliche Wünsche lasse sich nichts gewinnen.⁴³

Gegen den Widerstand der Politbüromehrheit suchte Breshnew einen erfolgreichen Abschluss der KSZE herbeiführen. Ein öffentliches Zeugnis des Einvernehmens zwischen Ost und West sollte der Entspannung in Europa zum Durchbruch verhelfen. Wie es scheint, glaubte er, der Ausschaltung der NATO, die als Folge der Intervention in der ČSSR misslungen war, damit näher zu kommen. Einschränkende Klauseln wie der Vorbehalt bei der Unverletzlichkeit der Grenzen, dass die territorialen Verhältnisse geändert werden könnten, wenn dies ohne Gewalt geschehe, waren in seiner Sicht unwichtiges Beiwerk. Er glaubte auch, das vorgesehene Prinzip der „Menschenrechte und Grundfreiheiten“ und die geforderten Formulierungen in „Korb III“ würden es den Führungen der sozialistischen Länder erlauben, über die Auslegung und Durchführung der damit übernommenen Verpflichtungen nach ihrem Gutdünken zu entscheiden.⁴⁴

Wie sich nach Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte am 1. August 1975⁴⁵ und deren vereinbarter Veröffentlichung zeigte, gerieten die kommunistischen Regime in die Defensive. Sie legten ihrem anschließenden Vorgehen eine marxistisch-leninistische Interpretation der Menschenrechte und Grundfreiheiten zugrunde, konnten damit jedoch nicht ungeschehen machen, dass die vereinbarten Formulierungen Maßstäbe gesetzt hatten, an denen sich das Urteil nicht nur des Auslands, sondern auch gesellschaftlicher Kräfte im Innern orientierte. Trotz der amtlichen Mitteilung vom November 1975, die UdSSR habe die Bestimmungen der Schlussakte voll durchgeführt, entstanden an mehreren Orten des Landes „Helsinki-Gruppen“ von Bürgerrechtlern, welche die Defizite bei der Verwirklichung der Verpflichtungen rügten und eine Implementation

42 ČERNJAEV (WIE ANM. 41), S. 291f., S. 304.

43 EBD. S. 307f.

44 Nikolaj S. LEONOV, *Licholet'e*, Moskau 1995, S. 164f.

45 Text in: JACOBSEN/MALLMANN/MEIER (wie Anm. 33), Bd. 2, S. 913–966.

in westlich-liberalem Sinne verlangten. Zwar gelang es Andropows Geheimpolizei innerhalb einiger Jahre, diese Stimmen zum Schweigen zu bringen, doch wurde damit weder der weithin entstandene negative Eindruck noch die den Bürgern im Lande eröffnete Möglichkeit zur Rechtfertigung abweichenden Verhaltens beseitigt. Auch in anderen sozialistischen Staaten, nicht zuletzt in der DDR, trat Dissidenz vermehrt zutage.

Zugleich kam es nicht einmal ansatzweise zu dem Arrangement, das Breshnew bei der KSZE im Auge gehabt hatte. Von der ursprünglich angestrebten Ersetzung der beiden Bündnisse durch ein System der kollektiven Sicherheit war schon lange keine Rede mehr. Auch das weit bescheidenere Ziel einer Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa neben den „Militärblöcken“, welche die Durchführung und Weiterentwicklung der vereinbarten „vertrauensbildende[n] Maßnahmen im militärischen Bereich“ und weitere Sicherheitsaufgaben hätte übernehmen können, war nicht erreicht worden. Im kurzen Schlusskapitel über die „Folgen der Konferenz“ hatte man lediglich die Absicht festgestellt, den KSZE-Prozess mit multilateralen Treffen zum Zwecke „vertieften Meinungsaustausch[s]“ fortzusetzen. Die erste Zusammenkunft wurde 1977 in Belgrad vorgesehen. Um den von Moskau gewünschten Eindruck einer Konkurrenz zum Nordatlantikvertrag nicht aufkommen zu lassen, hatten die NATO-Mitglieder sogar durchgesetzt, dass den Vereinbarungen der Status nicht eines Vertrags, sondern eines politisch bindenden Dokuments zugebilligt wurde. Der Kreml nahm den diplomatischen Misserfolg hin in der Absicht, ihn mit den Mitteln der Propaganda in einen sicherheitspolitischen Erfolg zu verwandeln.

Raketekonflikt mit der NATO

Anfang der sechziger Jahre hatte die UdSSR im Zeichen der Berlin-Krise eine forcierte Aufrüstung eingeleitet, die sich nach dem Fehlschlag der Raketenstationierung auf Kuba im Oktober 1962 weiter verstärkte.⁴⁶ Nach Breshnews Amtsübernahme zwei Jahre später suchte die sowjetische Führung das Konzept der „zuverlässigen Verteidigung“ im Nuklearkrieg, das – neben einem global-strategischen Arsenal gegenüber den USA – auf dem europäischen Schauplatz die Fähigkeit zu sofortiger Offensive und überlegene nukleare wie konventionelle Streitkräfte erforderte,⁴⁷ durch eine noch mehr intensivierte

46 Matthias UHL, *Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958 bis 1962*, München 2008, S. 183–207.

47 Nur wenn die militärischen Fähigkeiten der NATO in Westeuropa durch offensives Vorgehen ausgeschaltet wurden, bevor sie über das unmittelbare Gefechtsfeld hinaus Wirkung entfalteten und bevor die Amerikaner Zeit zum Einsatz ihrer global-strategischen Waffen gehabt hätten, ließen sich nach Moskauer Kalkül im Fall eines Kernwaffenkriegs katastrophale Zerstörungen auf sowjetischem Gebiet vermeiden. Der Kern der Überlegung

Aufrüstung zu verwirklichen. Von da an galt, dass alle Forderungen der Marschälle ohne Rücksicht auf die ökonomischen Kosten erfüllt wurden.⁴⁸ Als sich in den ausgehenden sechziger Jahren wegen der außenpolitischen Folgen der Intervention in der ČSSR die Hoffnung auf ein Ende der NATO zerschlug, fasste man in Moskau den Entschluss, die Mittelstreckenrakete SS-20 zu entwickeln. Ab 1974 wurde sie getestet. 1976/77 begann die Stationierung. Die neue Waffe ließ sich nicht gegen die USA, sondern nur gegen Westeuropa einsetzen und war geeignet, dieses im Kriegsfall augenblicklich auszuschalten. Damit entsprach sie haargenau den Anforderungen einer „zuverlässigen Verteidigung“ der Sowjetunion.

Um der Aufrüstung willen wurden in der UdSSR nicht nur die zivilen Bedürfnisse, sondern auch die Erfordernisse der wirtschaftlichen Entwicklung vernachlässigt. Das drohte je länger desto mehr zum materiellen Ruin zu führen. Schon in den „guten“ siebziger Jahren, in denen die Sowjetunion namentlich von den gestiegenen Weltmarktpreisen für ihre Ölexporte profitierte, kam es trotz allen verfügbaren natürlichen Ressourcen zu gravierenden Versorgungsmängeln und einem zunehmenden ökonomisch-technischen Rückstand gegenüber dem Westen. Vor diesem Hintergrund hielt Breshnew zwar die Erfüllung der Wünsche der Militärs für nötig, wollte aber eine Fortsetzung des kräftezehrenden Wettrüstens vermeiden. Daher schien es geboten, die NATO-Staaten zu einem einseitigen Rüstungsverzicht zu veranlassen. Zu diesem Zweck leitete die sowjetische Propaganda nach Abschluss der KSZE in den westeuropäischen Ländern, vor allem in der Bundesrepublik, eine seit längerem vorbereitete Kampagne ein. Mit Unterzeichnung der Schlussakte sei die „politische Entspannung“ erreicht worden, die nicht durch Aufrechterhaltung der militärischen Spannungen verspielt werden dürfe. Daher sei es notwendig, dass der Westen mit der „militärischen Entspannung“ Ernst mache.

Zunächst hatte der Appell kaum Wirkung. Solange sich die militärischen Anstrengungen der atlantischen Allianz im Rahmen des bisherigen Rüstungsspektrums hielten, ließen sich die „Massen“ kaum dagegen mobilisieren. Als jedoch 1978/79 die fortschreitende Stationierung der SS-20 die Schaffung eines Gegengewichts notwendig erscheinen ließ, änderte sich die Lage. Der Ausgangspunkt war die Entscheidung des NATO-Rats im Dezember 1979, in vier Jahren amerikanische Raketen in Westeuropa aufzustellen, wenn die UdSSR nicht auf die tödliche Bedrohungskapazität verzichte, die sie durch die auf-

war, dass die Amerikaner darauf verzichten würden, ihre – nicht ausschaltbaren – nuklearen Kapazitäten gegen die UdSSR einzusetzen, wenn sie sich der Vernichtung ihrer westeuropäischen Verbündeten als vollendetet Tatsache gegenübersehen, denn sie würden dann diesen nicht mehr helfen können, aber im Fall eines nuklearen Angriffs auf die UdSSR deren Gegenschläge auf sich ziehen.

48 Alexander BEZBORODOV, *Sowjetische Hochrüstung als Folge des Einmarsches*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 701–716.

wachsende SS-20 gegenüber den europäischen Ländern des Bündnisses zu gewinnen sich anschieke. Die damit ins Auge gefasste Stationierung neuer Kernwaffen im eigenen Land weckte in der Öffentlichkeit der betroffenen Staaten die Angst vor einem mutmaßlich daraus entstehenden nuklearen Vernichtungskrieg. Daraufhin nahm die Protestbereitschaft stark zu. Der Streit darüber, ob man den Beschluss des Bündnisses akzeptieren und ausführen solle, rückte in das Zentrum der innenpolitischen Konflikte. Der Kreml nutzte dies, um Widerstand gegen die vorgesehene Maßnahme der Allianz zu organisieren. Besondere Bedeutung in seinen Überlegungen kam dabei dem Verhalten der Westdeutschen zu, von deren Bereitschaft zur Hinnahme der Stationierung die Verwirklichung des Vorhabens abhing. Nach vier Jahren erbittert geführter Debatten scheiterte die Anti-NATO-Kampagne an der Entschlossenheit von Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl, allen Widrigkeiten zu trotzen, um die westliche Position zu behaupten und das westliche Bündnis vor der drohenden Krise zu bewahren.⁴⁹

Ausblick

Als Gorbatschow im März 1985 die Macht im Kreml übernahm, stand er vor einem Scherbenhaufen. Im Raketenkonflikt hatte die UdSSR eine Niederlage erlitten, die Spannung im Verhältnis zum Westen war auf dem Höhepunkt, und die forcierte Hochrüstung hatte zwar eine rapide Verschlechterung der globalen Position nicht verhindert, aber Finanzen und Wirtschaft ruiniert. Schon 1980 hatte die sowjetische Auslandsaufklärung festgestellt, dass das Land sich aufgrund seiner ökonomischen Schwäche und technischen Zurückgebliebenheit auf dem absteigenden Ast befinde und seine Weltmachtstellung nicht aufrechterhalten könne. Vor diesem Hintergrund entschloss sich der neue Generalsekretär der KPdSU zunächst dazu, sich um Rüstungsvereinbarungen mit den USA zu bemühen, um die militärischen Lasten zu verringern und die außenpolitische Lage zu verbessern. Der Vorrang, den er dem Bemühen um Überwindung der materiellen Probleme notgedrungen gab, hatte weitreichende Konsequenzen für die Außen- und Sicherheitspolitik. Die UdSSR konnte es sich nicht nur immer weniger leisten, Klienten in der Dritten Welt zu subventionieren. Auch die Fähigkeit, das Lager der Gefolgschaftsstaaten durch günstige Energie- und Rohstofflieferungen bei der Stange zu halten, schwand dahin. Schon in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hatte Breshnew angesichts sinkender Ölpreise auf dem Weltmarkt Einschränkungen vornehmen müssen – und damit die DDR vermehrt von der Bundesrepublik wirtschaftlich abhängig gemacht. Die Entwicklung erreichte ihren Höhepunkt im Herbst 1986:

49 Gerhard WETTIG, *Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979–1983*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (für 2009 vorgesehen).

Gorbatschow gab den anderen sozialistischen Ländern zu verstehen, dass er aus ökonomischen Gründen nicht mehr für sie und ihre Probleme aufkommen könne. Sie müsste selbst damit fertig werden. Das lief auf ein Aufweichen der 1968 formulierten „Breshnew-Doktrin“ hinaus. Er hatte Veränderungen nur im Rahmen des sozialistischen Systems im Auge, doch ließen sich diese Veränderungen, wie sich im Herbst 1989 zeigte, nicht auf Vorgaben festlegen, wenn die UdSSR den materiellen Aufwand für die Wahrung des Bestehenden nicht übernahm.⁵⁰

Die Passivität, welche die UdSSR Ende der achtziger Jahre angesichts der Umwälzungen im sozialistischen Lager zeigte, hing auch mit ihrer Annäherung an den Westen zusammen, die ebenfalls wesentlich mit wirtschaftlichen Bedürfnissen korrelierte. Zudem suchte sich Gorbatschow nicht nur von den materiellen Lasten der sozialistischen „Bruderländer“ zu befreien, sondern wollte auch die Leistungsfähigkeit seines Landes durch „Umgestaltung“ (perestrojka) der inneren Verhältnisse heben. Die Art seines Vorgehens wurde nicht zuletzt durch das Leitbild des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ bestimmt. Gorbatschow sah sich wie viele seiner Mitarbeiter als „Achtundsechziger“, der in der UdSSR dem in der ČSSR verhinderten Reformkommunismus zum Sieg verhelfen wollte. Die gemeinsame Moskauer Studienzeit mit dem 1967/68 einflussreichen Prager ZK-Sekretär Mlynář und vor allem seine Reise in die Tschechoslowakei im Oktober 1968, auf der ihn das Engagement der Menschen für einen humanen Sozialismus stark beeindruckte, gehörten zu den Erfahrungen, die seine Haltung im Amt des sowjetischen Parteichefs entscheidend beeinflussten.

50 Zu den Verbindungslinien von 1968 nach 1989 vgl. „Von '68 nach '89“. Jiří Dienstbier, Jiří Gruša, Lionel Jospin, Adam Michnik, Oskar Negt und Friedrich Schorlemmer im Gespräch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 53 (2008) 8, S. 31–47.